

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

18. Wahlperiode

AUSSCHUSSPROTOKOLLE

A/BübEBei 3. Sitzung

22.11.11

Ausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte

3. Sitzung

am 22. November 2011

im Haus der Bürgerschaft

Anwesend: Abg. Frau Garling (SPD)
Abg. Hamann (SPD)
Abg. Frau Hoppe (Bündnis 90/Die Grünen), Stellv. Vorsitzende
Abg. Frau Möbius (SPD), Vorsitzende
Abg. Frau Motschmann (CDU)
Abg. Frau Piontkowski (CDU)
Abg. Saffe (Bündnis 90/Die Grünen)
Abg. Saxe (Bündnis 90/Die Grünen)
Abg. Seyrek (SPD)
Abg. Tuncel (DIE LINKE)
Abg. Weigelt (SPD)

außerdem sind anwesend:

Abg. Frau Tuchel (SPD)

Herr Boehlke	vom Beirat Burglesum
Herr Kötter	vom Beirat Findorff
Herr Adam	vom Beirat Gröpelingen
Frau Hanke	vom Beirat Horn-Lehe
Frau Wargalla	vom Beirat Huchting
Herr Dr. Rüppel	vom Beirat Mitte
Herr Fliegner	vom Beirat Obeneuland

Frau Warnken		vom Beirat Seehausen
Frau Sprehe		vom Beirat Vegesack
Frau Eckler-von Gleich		vom Beirat Walle
Herr Gerke)	vom Beirat Woltmershausen
Frau Wangenheim)	
Herr Ahrens		Ortsamtsleiter Horn-Lehe
Herr Nowack		Ortsamtsleiter Blumenthal
Frau Dr. Mathes		Ortsamtsleiterin Schwachhausen/Vahr
Herr Schittkowski		vom Senator für Inneres und Sport
Her Schwolow		von der Bremischen Seniorenvertretung
Herr Frerichs		vom Verband Bremischer Bürgervereine
Herr Koc		von der LINKEN
Herr Dr. Mackeben		von der SPD
Herr Klepatz		von der Fraktion der CDU
Herr Kammeyer)	von der Senatskanzlei
Herr Harjes)	
Frau Oellerich		als Assistentin des Ausschusses

Beratungsgegenstände:

1. Protokoll
Protokoll der 2. Sitzung vom 4. Oktober 2011
2. Bericht über die 1. Sitzung der Beirätekonferenz am Donnerstag,
dem 3. November 2011
3. Umgang mit dem Gesetz über Ortsämter und Beiräte durch Senat und
Verwaltung
hier: Ressort Senator für Inneres und Sport
4. Konzept für Aufgaben und Arbeit des Ausschusses als Schnittstelle zwischen
Beiräten und Bürgerschaft

Abg. Frau Möbius eröffnet die Sitzung um 17.00 Uhr.

1. Protokoll
Protokoll der 2. Sitzung vom 4. Oktober 2011

Der Ausschuss nimmt das Protokoll der 2. Sitzung vom 4. Oktober 2011 zur Kenntnis.

2. Bericht über die 1. Sitzung der Beirätekonzferenz am Donnerstag, dem 3. November 2011

Frau Wangenheim berichtet, die Beirätekonzferenz habe sich am 3. November 2011 konstituiert und sich eine Geschäftsordnung gegeben, die im Wesentlichen der der vergangenen Legislaturperiode entspreche. Änderungen seien hinsichtlich der Vertretung von Parteien, die keine Beiratssprecher stellten, vorgenommen worden; diese hätten nunmehr nicht mehr das Recht, ein Mitglied in die Beirätekonzferenz zu entsenden. Die Beirätekonzferenz habe sie zu ihrer Sprecherin und Herrn Siegfried Fliegner und Herrn Prof. Ingo Mose zu stellvertretenden Sprechern gewählt.

Außerdem habe sich die Beirätekonzferenz mit der Richtlinie der Senatorin für Finanzen in Grundstücksangelegenheiten befasst, die zwischenzeitlich den Beiräten zur Befassung übersandt worden sei und bei der die Frist für Rückmeldungen am 15. Dezember ende.

Zu der Frage einer möglichen Veränderung der Pauschsatzverordnung sei eine Arbeitsgruppe eingesetzt worden, die einen Vorschlag für eine mögliche Veränderung erarbeiten und der Beirätekonzferenz vorlegen werde. Weiter habe die Senatskanzlei über Fortbildungsangebote - insbesondere für neue Beiratsmitglieder - unterrichtet.

Abg. Frau Möbius möchte wissen, ob zu der Beirätekonzferenz auch die Jugendbeiräte eingeladen würden.

Abg. Kammeyer stellt klar, dass die Jugendbeiräte nach ihrer Konstituierung gemeinsam zwei Vertreter für die Regionalkonferenz benennen können.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

3. Umgang mit dem Gesetz über Ortsämter und Beiräte durch Senat und Verwaltung hier: Ressort Senator für Inneres und Sport

Abg. Frau Möbius begrüßt Herrn Schittkowski, Leiter der Abteilung Öffentliche Sicherheit und Ordnung beim Senator für Inneres und Sport, und erläutert, Bestreben des Ausschusses sei, sich in dieser Legislaturperiode mit den Strategien der Senatsressorts im Umgang mit dem neuen Beirätegesetz und mit Beteiligungsmöglichkeiten zu befassen.

Herr Schittkowski nimmt Bezug auf das Ortsgesetz über Beräte und Ortsämter und führt aus, besondere Beachtung bei möglichen Maßnahmen des Senators für Inneres fänden die Beteiligungsrechte nach Paragraph 9, hier insbesondere die Ziffern 5, 6 und 13, die die Planung, Errichtung, Übernahme, wesentliche Änderung, Aufhebung sowie Nutzungsänderung von öffentlichen Einrichtungen, Vermietung, Ankauf, Verkauf, wesentliche Umnutzung und Zwischennutzung von öffentlichen Flächen und Gebäuden sowie der Aufstellung von Mobilfunkanlagen auf öffentlichen Gebäuden und Flächen betreffen. Bei der Einführung des Digitalfunks in Bremen seien ausschließlich vorher genutzt Standorte verwendet worden, sodass hier keinerlei Konfliktfälle mit Beiräten aufgetreten seien.

Dem Senator für Inneres und Sport liege eine frühzeitige Beteiligung der Beiräte am Herzen, da die Erfahrung gemacht worden sei, je früher über beabsichtigte Maßnahmen informiert würde und je konstruktiver die Zusammenarbeit sich gestalte, je einvernehmlicher ließen sich Ergebnisse erzielen.

Ansprechpartner für Angelegenheiten der Beiräte im Ressort für Inneres und Sport sei Herr Bull. Aber auch Herrn Facklam, Leiter der Abteilung 1 im Ressort, der früher lange Jahre für Beiratsangelegenheiten zuständig gewesen sei, liege dieses Thema besonders am Herzen.

Zu konkreten Beispielen, was in den letzten Jahren mit viel Beteiligung der Ortsämter und Beiräte erarbeitet worden sei: Im Jahr 2009 sei überprüft worden, wie der Service an den Polizeiwachen angenommen worden sei und wie umfangreich die Anzeigenaufnahme genutzt werde. Als Ergebnis dieser Erhebungen seien einvernehmlich Veränderungen zugunsten der Arbeit der Kontaktpolizisten und der Arbeit auf der Straße vorgenommen worden.

Auch die Stelle Kriminalprävention versuche intensiv, im Dialog mit den Beiräten sowie den Revieren in den Ortsteilen Präventionsprojekte voranzubringen, so in Bremen-Nord der Präventionsrat.

In den Ortsteilen Ostertor/Steintor seien große Probleme im Zusammenhang mit der Rettungssicherheit festgestellt worden. Nach Durchführung eines aufwendigen Teilnahmeverfahrens mit Ortsamt und Beiräten sei es gelungen, das Parkverhalten in den engen Straßen zu verändern, um damit eine höhere Rettungssicherheit für die Anwohnerinnen und Anwohner zu erreichen.

Hinsichtlich der Rettungssicherheit rund um das Weser-Station gebe es eine Arbeitsgruppe mit engagierter Beteiligung von Ortsamt und Beirat und des Leitbild-Gremiums Pauliner Marsch. Auch hier sei er zuversichtlich, im Dialog einen gemeinsamen Weg zu finden.

Hinsichtlich der Vernetzung in den Stadtteilen möchte er noch hervorheben, dass Polizei und Feuerwehr dezentral aufgestellt seien; die Revierleiter beziehungsweise Inspektionsleiter seien stets und Feuerwehrinspektionsleitern anlassbezogen zu den Beiratssitzungen eingeladen. Außerdem seien in den Stadtteilen bis zu 100 Kontaktpolizisten - KOP - im Einsatz, die im Rahmen ihrer Tätigkeit Gewähr dafür böten, die Informationen vor Ort unmittelbar aufzunehmen und weiterzuleiten, womit ein gutes Netzwerk und Frühwarnsystem geschaffen worden sei.

Herr Boehlke möchte wissen, ob beabsichtigt sei, Teile des Beirätegesetzes noch mit Richtlinien auszugestalten, um eine weitere Konkretisierung vorzunehmen und den Beiräten ein Handwerkszeug zu geben.

Herr Kammeyer teilt mit, zu Paragraf 9 Ziffer 6 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter sei bereits eine Richtlinie in Erarbeitung, die die Senatorin für Finanzen erlassen werde.

Abg. Frau Möbius bedankt sich für den Ausschuss bei Herrn Schittkowski für die Ausführungen zum Umgang mit dem Gesetz über Ortsämter und Beiräte aus Sicht des Senators für Inneres und Sport.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

4. Konzept für Aufgaben und Arbeit des Ausschusses als Schnittstelle zwischen Beiräten und Bürgerschaft

Abg. Frau Möbius verweist auf die verteilte Vorlage, die die Kernpunkte aus den Kartenabfragen und die Diskussionsschwerpunkte im Ausschuss enthalte. Ihrer Einschätzung nach sei mehrheitliche Meinung unter den Beiräten gewesen, dass Beiratssprecher beziehungsweise Beiratssprecherinnen oder deren Stellvertretungen weiterhin an den Sitzungen des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte teilnehmen wollten. Im Juni 2012 sollte Bilanz gezogen werden, ob sich dieses Verfahren bewährt habe.

Frau Wangenheim bestätigt, dass auch die Beirätekonferenz eine weitere Teilnahme der Beiratssprecher und -sprecherinnen beziehungsweise der Stellvertretungen an den Sitzungen des Ausschusses befürworte.

Abg. Frau Möbius spricht sich dafür aus, wieder eine aktuelle halbe Stunde zu Beginn einer jeden Sitzung durchzuführen, die Raum für Berichte aus den Beiräten, der Beirätekonferenz, Vorschläge für die Tagesordnung des Ausschusses und

aktuelle gesamtstädtische Themen biete; auch eine Unterrichtung über mögliche Verfahren nach Paragraf 11 des Ortsgesetzes - Herstellung von Einvernehmen - sollte an dieser Stelle stattfinden.

Herr Boehlke möchte wissen, ob es einen Zeitrahmen für die Anmeldung von Themen für die aktuelle halbe Stunde gebe.

Abg. Frau Möbius antwortet, in der Regel wäre es zu begrüßen, wenn dem Ausschuss im Vorfeld bekannt gemacht würde, ob und welche Themen in der aktuellen halben Stunde angesprochen werden sollten; Ausnahmen seien jedoch bei Bedarf zulässig.

Abg. Hamann legt Wert darauf, dass Vorgänge, die nach Paragraf 11 Absatz 4 des Ortsgesetzes über Ortsämter und Beiräte auf die Tagesordnung der Stadtbürgerschaft kämen, im Internet umfassend dokumentiert würden.

Herr Nowack teilt mit, dass der Beirat Blumenthal in seiner letzten Sitzung beschlossen habe, ein Thema für die Tagesordnung der Stadtbürgerschaft vorzusehen. Dieser Antrag werde dann in elektronischer Form und in Papierform eine Darstellung des der Anrufung der Stadtbürgerschaft vorausgegangenen Verfahrens enthalten.

Abg. Frau Möbius erkundigt sich bei der Senatskanzlei nach dem Stand des Handbuchs für Beiräte, nach den Planungskonferenzen, Regionalausschüssen, Terminen für Schulungen für Beiräte und eine fachliche und sachliche Unterstützung der Beiräte durch Behörden.

Herr Kammeyer sagt das Erscheinen des Handbuchs für Ende des Jahres zu. Hinsichtlich der Durchführung von Planungskonferenzen gebe es Unterschiede in der Handhabung, weshalb seine Empfehlung wäre, im Ausschuss zu Beginn des kommenden Jahres einen Tagesordnungspunkt vorzusehen, unter dem Beiratsprecher ihre Erfahrungen mit Planungskonferenzen schilderten und aufgrund dieser Erfahrungen möglicherweise andere Strukturierungen entwickelt würden. Als Grund-

lage für die Vorbereitung und die Durchführung von Planungskonferenzen seien für alle - bis auf drei - Stadtteile Stadtteilberichte erstellt worden.

Frau Dr. Mathes spricht die Regionalausschüsse an und berichtet, dass der Beirat Schwachhausen beschlossen habe, erneut einen Regionalausschuss Bahnlärm einzurichten; die konstituierende Sitzung finde am 12. Dezember 2011 statt. Die Geschäftsführung für diesen Ausschuss liege beim Ortsamt Schwachhausen/Vahr.

Frau Sprehe berichtet, dass sich aus den Beiräten Burglesum, Vegesack und Blumenthal der Regionalausschuss Bremen-Nord gebildet habe; die Geschäftsführung werde umschichtig wahrgenommen.

Abg. Hamann legt auch hier Wert darauf, dass die Einsetzung und Arbeit der Regionalausschüsse ebenfalls zentral und zeitnah im Internet dargestellt werde, damit Interessierte einen zentralen Zugang zu den Informationen hätten. Dies könne jedoch nicht Aufgabe der Beiräte sein, sondern müsse durch die Senatskanzlei oder durch die Bürgerschaftsverwaltung geleistet werden.

Abg. Frau Möbius begrüßt die Idee, zum Thema Planungskonferenzen eine eigene Ausschusssitzung durchzuführen, und regt an, auch zur Bildung von Regionalausschüssen regelmäßig kurz in der Sitzung des Ausschusses zu berichten. Die Umsetzung der Darstellung im Internet müsse noch weiter diskutiert werden.

Frau Wargalla erklärt, es bestehe die Absicht, einen Regionalausschuss Fluglärm einzurichten, es gebe jedoch die Schwierigkeit, dass kein Ortsamt Bereitschaft zeige, die Geschäftsführung zu übernehmen.

Abg. Saxe hält es für erforderlich, hinsichtlich der Geschäftsführung in Regionalausschüssen eine grundsätzliche Klärung herbeizuführen. Entweder könne es keinen Regionalausschuss geben, wenn es keine Bereitschaft der Ortsämter gebe, oder es müsse ein anderes Prozedere gefunden werden.

Herr Kammeyer verweist auf Paragraph 24 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter, wonach die Geschäftsführung dem Ortsamt obliege, dessen Beirat die Einberufung beantragt habe. Im vorliegenden Konfliktfall biete er an, zwischen den Ortsämtern eine Einigung über die Wahrnehmung der Geschäftsführung zu finden.

Zum Stichwort Schulungen für Beiräte: Die Einladungen zur ersten Schulungsveranstaltungen zum Thema Planungsrecht - Flächennutzungsplan, Bebauungspläne - seien ausgesprochen und richteten sich zunächst an neue Mitglieder der Beiräte; die Veranstaltung finde am 9. Dezember 2011 statt. Bei Bedarf würde unmittelbar danach eine Anschlussveranstaltung durchgeführt. Weitere Veranstaltungen betreffen das Landesstraßengesetz und die Straßenverkehrsordnung, ferner den Umgang mit dem neuen Ortsgesetz über Ortsämter und Beiräte sowie Folgeregelungen. Im Übrigen sei die Senatskanzlei für Wünsche und Anregungen zu Fortbildungsveranstaltungen offen.

Hinsichtlich der fachlichen und sachlichen Unterstützung der Behörden für Beiräte biete er an, bei Bedarf aus den Behörden die entsprechenden Fachleute zu vermitteln.

Abg. Frau Hoppe ruft in Erinnerung, dass aus der Auswertung der Kartenabfrage noch weitere Anregungen hervorgegangen seien. So sei ein Punkt der Wunsch nach festen Ansprechpartnern in den Behörden gewesen. Dem Ausschuss werde in einer seiner nächsten Sitzungen ein Beschlussvorschlag unterbreitet, um den Wunsch nach festen Ansprechpartnern beziehungsweise Ansprechpartnerinnen in den Ressorts, die die Beiräte zukünftig bei ihrer Arbeit unterstützten, zu untermauern.

Weiter werde sich der Ausschuss im kommenden Jahr mit Themen wie der Jugendbeteiligung - hier selbstverständlich unter Einbeziehung der Jugendbeiräte -, dem Umgang mit dem neuen Beirätegesetz, dem Bereich Ehrenamt sowie einer Internetplattform für Beiräte befassen.

In der nächsten Sitzung des Ausschusses solle der Einstieg in das Thema Bürger-schaftliches Engagement erfolgen; hierzu werde das Referat Bürgerengagement, Freiwilligenarbeit, Selbsthilfe, Fundraising bei der Senatorin für Soziales, Jugend, Kinder und Frauen eingeladen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

(Schluss der Sitzung 17.48 Uhr)

Ausschussvorsitzende

Ausschussassistentz

Möbius

Oellerich